

Baubeschreibung

Vergabenummer: I1210-149

Verkehrsanlagen der Gemeinde Eichenzell

Sanierung L3307 und
Herstellung Verkehrsinsel OD Welkers

Straßen - Wasser und sonstige Tiefbauarbeiten



1. Allgemeine Beschreibung der Leistung
2. Angaben zur Baustelle
3. Angaben zur Ausführung
4. Ausführungsunterlagen
5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen
6. Zusätzliche Regelungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Beschreibung der Leistung	4
1.1	Auszuführende Leistungen.....	4
1.1.1	Straßenbau- / Kanal- / und Wasserleitungsbau / Tiefbau	5
1.1.1.1	Art und Umfang	5
1.1.1.2	Untergrund	6
1.1.1.3	Unterbau	6
1.1.1.4	Entwässerung	6
1.1.1.5	Oberbau	8
1.1.1.6	Durchlässe, Bauwerke, Gebäude	9
1.1.1.7	Straßenbeleuchtung	9
1.1.1.8	Beschilderung	9
1.1.2	Landschaftsbau.....	9
1.2	Ausgeführte Vorarbeiten	9
1.2.1	Vermessung.....	9
1.3	Havariefälle	10
1.4	Mindestanforderung für Nebenangebote	10
1.4.1	Baustoffe.....	10
1.4.2	Oberbau	10
1.4.3	Erdbau	10
1.5	Mindestbedingungen für Entsorgungsleistungen	10
2.	Angaben zur Baustelle	12
2.1	Lage der Baustelle	12
2.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege und Einrichtungen.....	12
2.3	Zugänge, Zufahrten.....	12
2.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen.....	12
2.5	Lager- und Arbeitsplätze	13
2.6.1	Vorfluter	13
2.6.2	Wasserstände	13
2.7	Baugrundverhältnisse.....	13
2.7.1	Geologische Verhältnisse, Grundwasser.....	13
2.7.2	Straßenbefestigungen	13
2.8	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	13
2.8.1	Seitenentnahmen	13
2.8.2	Ablagerungsstellen.....	14
2.9	Schutz-Bereiche und -Objekte.....	14
2.9.1	Natur-, Wasserschutzgebiete	14
2.9.2	Bäume und Flurgehölze	14
2.9.3	Angrenzende Bebauung.....	14
2.10	Anlagen im Baubereich	14
2.10.1	Leitungen	14
2.10.2	Leistungen Dritter.....	14
2.11	Öffentlicher Verkehr im Baustellenbereich.....	14
2.11.1	Straßenverkehr	15
3.	Angaben zur Ausführung.....	15
3.1	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	15
3.2	Bauablauf.....	16
3.2.1	Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten	16
3.3	Wasserhaltung / Oberflächenwasser	17
3.4	Bauehelfe.....	17
3.4.1	Baugruben- und Wandsicherung.....	17
3.5	Stoffe, Bauteile.....	18
3.6	Abfälle	18
3.7	Winterbau.....	19
3.8	Beweissicherung	19

3.9	Sicherungsmaßnahmen	19
3.10	Vermessungsleistungen, Aufmassverfahren	19
3.10.1	Vermessungsleistungen	19
3.10.2	Aufmaßverfahren	20
3.10.3	Rechnungslegung	20
3.11	Prüfungen	20
3.11.1	Eignungsprüfungen	20
3.11.2	Eigenüberwachungsprüfungen	21
3.11.3	Kontrollprüfungen	21
3.11.4	Landschaftsbau	21
4.	Ausführungsunterlagen	21
4.1	Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	21
4.2	Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen	21
4.3	Zahlungsplan	22
4.4	Tagesberichte	22
4.5	Hygiene- und Gesundheitsschutz	22
5.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	24
6.	Zusätzliche Regelungen	26
6.1	Mindestanforderungen für Nachtragsangebote	26
6.1.1	Allgemeines	26
6.1.2	Begründung des Nachtragsangebotes	26
6.1.3	Kalkulation	26
6.1.4	Einreichungsform (3-fach)	26

Baubeschreibung

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die geplante Baumaßnahme befindet sich östlich von Eichenzell im unmittelbaren Bereich der Kreuzung zum „Rhönhof“ und endet im unmittelbaren Einfahrtsbereich von Welkers.

Bei der geplanten Baumaßnahme handelt es sich in erster Linie um die

Sanierung L3307 und Herstellung Verkehrsinsel OD Welkers

Straßen - Wasser und sonstige Tiefbauarbeiten

sowie

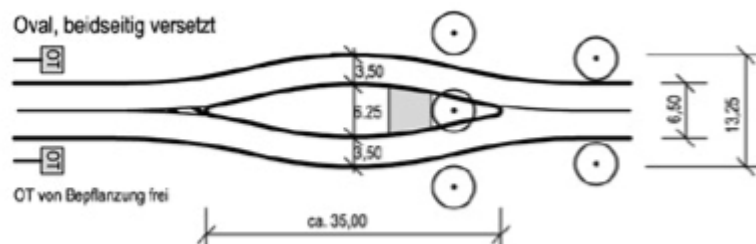
die gleichzeitige Verlegung (nur Erdarbeiten) von Versorgungsleitungen der Rhönenergie Fulda GmbH (Wasser) und der Osthessennetz GmbH (Strom)

1.1 Auszuführende Leistungen

Straßenbau: Gemeinde Eichenzell

Bei dem geplanten Bauvorhaben handelt es sich um die Herstellung einer Maßnahme zur Verkehrsberuhigung im unmittelbaren Einfahrtsbereich von der Ortslage Welkers aus Eichenzell kommend und umgekehrt.

Diese soll durch die Anlage einer Verkehrsinsel nach RAST 06, Bild 99 erfolgen.



Die geplante Länge für eine Umsetzung der Maßnahme zum Bau einer Mittelinsel beträgt rd. 105,00 m. Bei der hier vorliegenden Variante wird kein Grunderwerb erforderlich.

Alle Versorger, Versorgungsleitungen wurden im Vorfeld informiert. Die Lage ist mit den Bestandsunterlagen des jeweiligen Unternehmens zu erfragen bzw. nachrichtlich in den Regelprofilen dargestellt.

Ein Bodengutachten wurde durchgeführt und ein Bericht mit Anlagen liegt vor und ist den Angebotsunterlagen beigelegt.

Eine Kampfmitteluntersuchung wurde durchgeführt und mögliche Verdachtspunkte wurde untersucht und freigegeben.

Die Ausführung der Straßenbaumaßnahme ist in **einem Bauabschnitt**, herzustellen.

Deckensanierung: Hessen Mobil, NL Fulda

- Siehe auch Baubeschreibung Hessen Mobil, NL Fulda

Verkehrsinself: Gemeinde Eichenzell

- Siehe auch Baubeschreibung Gemeinde Eichenzell

Wasserversorgung: Rhönenergie Fulda GmbH

- Siehe auch Baubeschreibung Rhönenergie Fulda GmbH

Stromversorgung: Osthessennetz GmbH

- Siehe auch Baubeschreibung Osthessennetz GmbH

Sonstiges:

Sämtliche Erschwernisse, wie beengte Verhältnisse, ggf. Vor-Kopf-Arbeit, witterungsbedingte Unterbrechungen, Arbeiten in Steilstrecken, Bauverzögerungen durch Einsatz von kleineren Fahrzeugen und Baugeräten etc. sind in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet. Hier besonders auch Maßnahmen zur Reduzierung/Vermeidung von Staubentwicklungen.

Den Bietern wird eine **Ortsbesichtigung** empfohlen und es können evtl. Nachforderungen, die auf Unkenntnis über die örtlichen Gegebenheiten oder den Leistungsumfang beruhen, keine Berücksichtigung finden.

Weitere Einzelheiten zum geplanten Ausbau sind aus den Planunterlagen als Anhang der Ausschreibungsunterlagen eindeutig zu entnehmen.

Sofern Nebenanlagen betroffen sind, werden diese im Rahmen der Baumaßnahme erneuert.

1.1.1 Straßen - Wasser und sonstige Tiefbauarbeiten

1.1.1.1 Art und Umfang

Folgende Leistungen sind für o.g. Maßnahme zu erbringen:

- Straßenneubau im Bereich der Verkehrsinself am Ortseingang von Welkers:
 - Herstellung von Asphaltflächen
 - Herstellung von Bankette
 - Herstellung einer Mittelinsel mit Flachbordsteinen

- Deckensanierung:
 - Maßnahmen HessenMobil, NL Fulda, siehe Baubeschreibung
- Wasserversorgung:
 - Maßnahmen der Rhönenergie Fulda GmbH
- Stromversorgung:
 - Maßnahmen der Osthessennetz GmbH Fulda

1.1.1.2 Untergrund

- siehe Ergebnisse Bodengutachten

1.1.1.3 Unterbau

Vor Einbau des Materials zur Untergrundverbesserung, falls erforderlich, ist in jedem Fall eine Eignungsprüfung nach ZTVE-StB 09 durchzuführen.

Die Untergrundverbesserung ist nur nach vorheriger Rücksprache und in gemeinsam festgelegten Bereichen einzubauen.

Die Bodenschüttung ist in Lagen von maximal 25 cm, abhängig von den eingesetzten Erdstoffen und Baumaschinen, durchzuführen.

Die Verdichtungsnachweise sind nach ZTVE-StB 09 sowie ZTVA-StB 09 und DIN EN 1610 durchzuführen.

Beim Herstellen des Erdbauplanums ist unter Beachtung der im Untergrund anstehenden stabilisierten Erdstoffe die Mindestquerneigung von $\geq 2,5 \%$ herzustellen und einzuhalten. Anfallendes Oberflächenwasser ist während der gesamten Bauzeit zu fassen und kontrolliert abzuleiten. Ein länger offenstehendes Planum ist dringend zu vermeiden.

Diese Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Eventuell vorhandene größere Steine und sonstige Bauschuttkörper, aber auch Wurzeln o.ä., sind von der Planums Oberfläche zu beseitigen. Das Planum ist auch in Zwischenbauzuständen stets mit geeigneten Mitteln zu verdichten und glatt zu walzen.

Diese Leistungen sind in die Einheitspreise einzurechnen, sie werden nicht gesondert vergütet.

Die Verdichtung des Unter- und Oberbaues ist vor allem im Bereich der vorhandenen Bebauung mit schonenden Verdichtungsgeräten auszuführen. Es ist der Einsatz von kleinen Geräten sowohl auf Grund der engen Bebauung wie auch des Verhinderns von Schäden an den Gebäuden, vorzusehen.

1.1.1.4 Entwässerung

Auszuführende Leistungen:

Straßenbau:

Die Ableitung des Oberflächenwassers erfolgt über die Bankette in den vorhandenen bzw. neu herzustellenden Graben/ Mulde.

Erschwernisse

Besonderer Wert wird wegen der umliegenden Wohnbebauung auf eine lärmvermeidende Arbeitsweise mit dem Einsatz von entsprechenden Geräten gelegt. Es sind nur Arbeitsgeräte zu verwenden, die nach dem Stand der Technik schallgedämpft und vibrationsarm sind. Weiterhin sind die Arbeitszeiten mit dem AG zu koordinieren und durch den AG genehmigen zu lassen.

Im unmittelbaren Baufeld befindet sich die Bahnstrecke des RMV von Fulda nach Gersfeld (Rhön)

Abfälle

Der bei Arbeiten des Auftragnehmers anfallende Schutt (Bauschutt, Verpackungsmaterial und sonstige Abfälle) ist zu trennen und in Schuttbehältern des AN zu sammeln. Der Abfall ist ordnungsgemäß zu entsorgen.

Anfallende Kosten, wie z.B. Transportkosten und Deponiegebühren, werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzurechnen. Der Entsorgungsnachweis obliegt dem AN und ist auf Verlangen dem AG vorzulegen. Siehe hierzu auch Punkt 3.6.

Anschlussleitungen

Die Rohrleitungszone, Auflager und Ummantelung sind nach DIN EN 1610 auszuführen. Die Auswahl des Materials erfolgt nach Wahl des AN in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Herstellers der Rohrleitungen, soweit nichts anderes im Leistungstext angegeben. Vor der Verlegung der Rohrleitung hat der AN die Tragfähigkeit der Grabensohle nachzuweisen.

Erforderliche Maßnahmen zum Bodenaustausch unterhalb der Rohrgrabensohle sind unverzüglich dem AG anzuzeigen und werden erst auf Freigabe des AG ausgeführt.

Werden Maßnahmen zum Bodenaustausch ohne Freigabe des AG ausgeführt, erfolgt keine Vergütung.

Alle Rohrleitungen sind nach Bauende durch den AN zu reinigen. Die Prüfung der Leitungen erfolgt vor der VOB-Abnahme durch den AG.

Abrechnungsgrundlage

- **Der Aushub für mögliche Leitungsgräben wird ab OK Erdplanum Straßenbau abgerechnet.**
- Die Breite der Rohrgräben wird für die Sammelleitungen nach DIN EN 1610 und für Versorgungsleitungen nach DIN 4124 vorgegeben.
- Als Tiefe der Haltung wird das arithmetische Mittel der Leitungsgrabentiefen am Anfang und Ende der Rohrleitung gebildet und dieser Wert für die Positionszuordnung herangezogen.
- Das Verfüllen der Leitungszone wird gesondert vergütet.
- Bodenaustausch unter Rohrleitungen werden gesondert vergütet.

1.1.1.5 Oberbau Endzustand

Fahrbahn L3307 (Asphalt):

Asphaltdeckschicht	AC 8 D SP	3,5 cm
Asphaltbinderschicht	AC 16 BS SG	8,5 cm
Asphalttragschicht	AC 22 TS	9 cm
Asphalttragschicht	AC 32 TS	11 cm
Frostschuttschicht Basalt d. K. 0/32 – 0/45 mm		33 cm
Gesamtaufbau		<u>65 cm</u>
ggfls. Untergrundverbesserung Kalkschotter o. ä. 0/56 – 0/100 mm		30 cm

Hinweise zu den Oberbauschichten

Die folgenden Hinweise sind bei den jeweiligen Positionen zu berücksichtigen

Planum, Frostschuttschicht

a) Planum

Alle Erdarbeiten sind zeitlich so abzustimmen, dass ein kontinuierlicher Arbeitsablauf (Aushub, Verlegung, Überschüttung, Deckenschluss) möglich wird. Insbesondere ist ein Vorlauf des Grabenaushubes bei ungünstiger Witterung unbedingt zu vermeiden. Bei Nichtbeachtung wird die dann notwendige Untergrundverbesserung zu Lasten des AN ausgeführt und nicht durch den AG vergütet.

Das Erdplanum soll eine Tragfähigkeit von $E_{v2} > 45 \text{ MN/m}^2$, $E_{v2}/E_{v1} \leq 2,5$ erreichen. Bei den anstehenden Böden der Frostempfindlichkeitsklassen F3 ist die Querneigung des Planums mit $\geq 2,5 \%$ gemäß ZTVE-StB 09 auszubilden. Die Richtung der Planumsquerneigung entspricht der Neigung der Decke.

Vor Durchführung des Bodenaustausches ist die Leistung durch den AN dem AG anzuzeigen und genehmigen zu lassen. Leistungen zur Untergrundverbesserung / Bodenaustausch, die durch den AN im Nachhinein angemeldet werden, werden nicht anerkannt.

Eine Bodenverbesserung erfolgt nur in Bereichen von unbedenklichem Boden. Die Einbau- und Verdichtungsarbeiten sind ständig durch Kontrollen, gemäß den Anforderungen der ZTV E-StB 09 durchzuführen.

b) Frostschuttschichten

Die Frostschuttschichten sind mit Brechkornmisch B 2 aus Naturstein auszuführen. Die erste Lage auf dem Planum ist vor Kopf einzubauen. Einbaudicken von $> 0,35 \text{ m}$ werden zweilagig eingebaut. Der Einbauvorgang ist von der Bauüberwachung genehmigen zu lassen.

Im Rahmen der Eigenüberwachung ist zu bestimmen und dem AG vorzulegen:

- Verdichtungsgrad 103 % Proctordichte
- E_{v2} –Wert mind. 120 MN/m^2 auf Frostschuttschicht der Fahrbahnen gemäß Belastungsklasse 1,8- Bk32
- E_{v2} –Wert mind. 100 MN/m^2 auf Frostschuttschicht der Gehwege
- Kornverteilung nach DIN 18123

Gleichzeitig ist im Rahmen der Eigenüberwachung bei der Ausführung die Wasserdurchlässigkeit der eingebauten und fertig verdichteten Schicht in Anlehnung an DIN

18035, Teil 5, zu prüfen.

Durch die Verdichtung der Frostschutzschicht an der Oberfläche aufgetretene Feinkornanreicherungen sind zu beseitigen.

1.1.1.6 Durchlässe, Bauwerke, Gebäude

Zur Abwehr ungerechtfertigter Schadensersatzansprüche muss vor Baubeginn eine Beweissicherung für die vorhandenen Gebäude, Mauern usw. durchgeführt werden. Diese ist Bestandteil der Ausschreibung.

1.1.1.7 Straßenbeleuchtung

- - entfällt

1.1.1.8 Beschilderung

- wird im Zuge der Baumaßnahme hergestellt

1.1.2 Landschaftsbau

- - entfällt

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Vermessung

Vom AG werden vor Baubeginn dem Auftragnehmer Katastergrundlagen zur Bestimmung der Grenzpunkte oder Absteckpunkte übergeben.

Ebendiese sind durch den AN ggfls. zu suchen, anzuzeigen und entsprechend zu sichern. Die Ausführung muss, soweit erforderlich, durch einen ÖBV erfolgen.

Für die Bauausführung werden dem AN ein kompletter Satz Planunterlagen sowie die Gauß-Krüger- bzw. UTM-Koordinaten von Straßen- und Leitungshauptachse sowie Zentrums- und Eckpunkten von Bauwerken und Flächen für die Bauausführung vom Auftraggeber, dem beauftragten Planungsbüro oder der Bauleitung zur Verfügung gestellt. Die Absteckung der erforderlichen Punkte, die nicht wie vorgenannt an den AN übergeben wurden, hat durch den AN zu erfolgen und ist bei Kalkulation der angebotenen Einheitspreise zu berücksichtigen.

Grenz- und Vermessungsmarken sowie die vom AG hergestellten Achs- und Absteckpunkte sind vom Auftragnehmer, ohne besondere Vergütung, digital zu sichern. Die Sicherung aller Grenzen, Grenzmarken, Absteckpunkte sowie vom AN hergestellte Achs- und Eckpunkte usw. hat grundsätzlich sofort nach Übernahme bzw. Übergabe und vor Ausführung jeglicher Bauarbeiten zu erfolgen. Die Messprotokolle der Sicherungen (Gauss-Krüger- bzw. UTM-Koordinaten im ASCII-Format und Lageplan im DXF-Format) sind auf Daten- CD's bzw. USB-Stick dem AG und dessen Beauftragtem sofort nach Erstellung bzw. nach Aufnahme zu übergeben. Für alle vorstehenden Leistungen erfolgt keine besondere Vergütung und ist in allen angebotenen Einheitspreisen zu berücksichtigen.

Die Kosten einer Neuvermessung bzw. Neuabsteckungen gehen voll zu Lasten des AN, soweit er die Beseitigung schuldhaft zu vertreten hat.

1.3 Havariefälle

Während der Zeiten, an denen die Baustelle vom AN nicht besetzt ist, muss der AN unverzüglich bei Eintritt einer Havarie auf der Baustelle mit ausreichender Anzahl von Personal und Geräten tätig werden.

Die eingesetzten Baugeräte müssen jederzeit Bindemittel mitführen.

Die Adresse einschl. Benennung einer Festtelefonnummer und einer Mobiltelefonnummer ist im Bereich der Baustelle, für jedermann gut einsehbar, anzubringen.

Alle Aufwendungen des AN sind in die OZ der Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht extra vergütet.

1.4 Mindestanforderung für Nebenangebote

1.4.1 Baustoffe

Nebenangebote mit RC-Material für die Frostschutzschichten werden auf Grund der örtlichen Baugrundverhältnisse nicht gewertet.

Für andere geänderte Materialien und Ersatzmaterialien in Nebenangeboten sind die notwendigen Eignungsnachweise und Genehmigungen mit Abgabe des Nebenangebotes einzureichen, um die Gleichwertigkeit der Materialien beurteilen zu können.

1.4.2 Oberbau

Nebenangebote mit Änderungen im Oberbau werden nicht gewertet.

1.4.3 Erdbau

Nebenangebote mit Pauschalisierungen für Leistungen im Erdbau werden nicht gewertet.

1.5 Mindestbedingungen für Entsorgungsleistungen

Vorzulegende Unterlagen bei Entsorgungsleistungen

- Beschreibung der Entsorgungswege

Bei Angeboten zur Entsorgung von „nicht gefährlichen“ Abfällen durch Entsorgungsbetriebe (z. B. Mischanlagen, Deponien, usw.) sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Alle Genehmigungsbescheide zuzüglich Auszüge, in denen der betroffene Anlagenstandort sowie der Genehmigungsbestand genannt ist sowie alle für die Annahme und Entsorgung relevanten Auszüge (u.a. zugelassene Abfallschlüssel nach AVV, Annahmegrenzwerte, Begrenzungen der Kapazität).

Bei Angeboten zur Entsorgung von „nicht gefährlichen“ Abfällen in anderen Maßnahmen sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Nennung des Verwertungsortes,
- Nachweis über die Zulässigkeit und die Möglichkeit der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung des Abfalls an dem vorgesehenen Ort,
- Erklärung des Entsorgers (z.B. Bauherr der anderen Maßnahme), dass er mit der

- vorgesehenen Entsorgung des nicht gefährlichen Abfalls einverstanden ist,
- Bestätigung des AN, dass nach der vollständigen Entsorgung vom Entsorger (z.B. Bauherr der anderen Maßnahme) ein Bestätigungsschreiben vorgelegt wird, dass der „nicht gefährliche“ Abfall vollständig, ordnungsgemäß und schadlos verwertet wurde.

Bei Angeboten zur Entsorgung von „gefährlichen“ Abfällen durch Entsorgungsbetriebe (z. B. Mischanlagen, Deponien, usw.) sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Nachweise für die Erfüllung der Anforderungen gemäß §§ 3-11 der EfbV:
 - a) Schriftliche Auskunft des Betriebsinhabers, dass die Organisation des Betriebes so ausgestaltet ist, dass die erforderliche Überwachung und Kontrolle sichergestellt ist [§ 3 (1)],
 - b) Funktionsbeschreibungen und Organisationspläne [§ 3 (2)],
 - c) Arbeitsanweisungen für die abfallwirtschaftliche Tätigkeit [§ 3 (3)],
 - d) Benennung der verantwortlichen Personen für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs [§ 4 (1)],
 - e) Einsatzplan [§ 4 (2)],
 - f) Schriftliche Auskunft des Betriebsinhabers, dass das Betriebstagebuch gemäß § 5 EfbV geführt und aufbewahrt wird. Auf Verlangen kann das Betriebstagebuch eingesehen werden [§ 5],
 - g) Versicherungsverträge [§ 6],
 - h) Genehmigungspapiere usw.; schriftliche Auskunft des Betriebsinhabers, dass alle mit ihnen verbundenen Auflagen und sonstigen Anordnungen der zuständigen Behörden erfüllt werden. [§ 7 (1)],
 - i) Führungszeugnis und Auskunft aus dem Gewerbezentralregister des Betriebsinhabers (max. 1 Jahr alt) [§ 8],
 - j) Führungszeugnis und Auskunft aus dem Gewerbezentralregister der mit der Leitung und Beaufsichtigung des Betriebsbeauftragten verantwortlichen Personen (max. 1 Jahr alt), Studienabschluss/ Meisterbrief, Nachweis der zweijährigen Tätigkeit, Bescheinigungen über Lehrgänge, usw. als Nachweis der Fachkunde gemäß § 9 [§ 9],
 - k) Vorlage eines betrieblichen Einarbeitungsplans; schriftliche Auskunft des Betriebsinhabers über die Zuverlässigkeit des sonstigen Personals [§ 10],
 - l) Lehrgangsbescheinigungen der für die Leitung verantwortlichen Personen, Nachweis für die Ermittlung des Fortbildungsbedarfs [§ 11],

- Alternativ für die Nachweise a) bis l):

Vorlage des Zertifikats des Entsorgungsbetriebs nach § 52 KrW-/AbfG,

- jedoch immer:

Genehmigungspapiere (jeweils erste und letzte Seite aller relevanten Genehmigungsbescheide zuzüglich Auszüge, in denen der betroffene Anlagenstandort sowie der Genehmigungsbestand genannt ist sowie alle für die Annahme und Entsorgung relevanten Auszüge (u.a. zugelassene Abfallschlüssel nach AVV, Annahmegrenzwerte, Begrenzungen der Kapazität)) und Transportgenehmigungen oder Nachweis der Tätigkeit des Beförderns von Abfällen durch Ausweisung im Entsorgungsfachbetriebzertifikat.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Die Baumaßnahme liegt im unmittelbaren Bereich der Landstraße L 3307 (Waltgerstraße) zwischen den beiden Ortsteilen Eichenzell und Welkers.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege und Einrichtungen

Die öffentlichen gemeindlichen und überregionalen Straßen und Wege.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Zufahrten stehen dem AN mit dem landes- und gemeindlichen Straßennetz zur Verfügung. Eine Abstimmung der zu benutzenden Straßen hat mit der Straßenverkehrsbehörde zu erfolgen.

Als Zufahrtswege und Wege im Baustellenbereich können vom AG keine zusätzlichen Wege und Lagerflächen angegeben werden. Der AN hat sich vor Angebotsabgabe in Bezug auf die Befahrbarkeit der öffentlichen Wege für Baufahrzeuge zu erkundigen.

Die Zugänge bzw. Zufahrten zu den einzelnen Grundstücken müssen während der Bauzeit für die Anlieger zugänglich gehalten werden. Besteht die Notwendigkeit, Grundstückszufahrten bzw. –Zugänge während der Bauzeit kurzfristig zu sperren, ist dies nur nach vorheriger Absprache mit der BÜ und dem jeweiligen Grundstückseigentümer möglich.

Der AN hat für die ständige Sauberkeit der von ihm benutzten Verkehrswege zu sorgen. Ein selbst aufnehmendes Reinigungsgerät ist deshalb vorzuhalten und auf Anordnung des AG bzw. der BÜ einzusetzen.

Alle Aufwendungen für das Reinigungsgerät sind in die Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Vorhandene Entwässerungen sind in geeigneter Form aufrechtzuerhalten.

Alle während der Bauzeit erforderlichen Hilfsübergänge bzw. –fahrten, provisorische Anbindungen, Auffahrten und -gänge und dgl. innerhalb des gesamten Baustellenbereiches sind vom AN anzulegen, zu erhalten, umzusetzen und mit dem Abschluss der Baumaßnahme zu beseitigen.

Für die Befahrung der Einsatz- bzw. Rettungsfahrzeuge ist zu jeder Zeit die Zufahrt zu den angrenzenden Grundstücken zu ermöglichen.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen können vom Auftraggeber nur im Rahmen der gegebenen Anschlüsse (Abwasserableitungssystem, Anlagen des Trinkwasserversorgungsnetzes) zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche anfallenden Kosten für darüberhinausgehende Bereitstellungsmöglichkeiten sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Häusliche Abwässer, die im Bereich der Baumaßnahme anfallen, sind ordnungsgemäß zu entsorgen, anfallende Kosten sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Der Bieter muss sich vor der Abgabe seines Angebotes mit den örtlichen Verhältnissen vertraut machen. Dabei muss er sich über den möglichen Baustromanschluss, Wasseranschluss, den Standort für eine Unterkunft, Lager- und Arbeitsplätze über die sanitären Einrichtungen und über ortsbedingte Unterbringungsmöglichkeiten des Personals ausreichend informieren.

Lagerflächen für die erforderliche Zwischenlagerung von Erd-, Oberbau- und Einbaumaterialien stehen im Bereich des Baufeldes nur bedingt zur Verfügung. Derartige Flächen sind durch den AN eigenverantwortlich zu beschaffen und die erforderlichen Aufwendungen in den Einheitspreis der Baustelleneinrichtung einzurechnen. Es werden durch den AG keine Flächen über das eigentliche Baufeld hinaus zur Verfügung gestellt.

2.6 Gewässer

2.6.1 Vorfluter

Als Vorfluter dienen die vorhandenen Ortswasserkanäle, Gräben und Mulden.

2.6.2 Wasserstände

- entfällt

2.7 Baugrundverhältnisse

2.7.1 Geologische Verhältnisse, Grundwasser

(Baugrundgutachten, Bodenaufschlüsse)

Ein Gutachten wurde im Zuge der geplanten Erschließung erstellt und ist Bestandteil der Ausschreibung.

2.7.2 Straßenbefestigungen

Die vorhandenen Straßen- und Oberflächenbefestigungen (z. B. in der Waltgerstraße) bestehen vorwiegend aus Asphalt.

Eine Verwertung des anfallenden bituminösen Ausbaumaterials (mehrere Zufahrten auf das Gelände) erfolgt gemäß den Unterlagen zur Ausschreibung bzw. den Festlegungen im Gutachten.

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

2.8.1 Seitenentnahmen

Seitenentnahmen sind nicht geplant.

2.8.2 Ablagerungsstellen

Für die Ablagerung nicht schadstoffbelasteter Baustellenabfälle und von Bodenabtrag ist vom AN eine Kippe zu beschaffen. Ablagerungsflächen müssen unter Beachtung des Abfallbeseitigungsgesetzes vom AN beschafft werden. Die ordnungsgemäße Deponierung ist dem AG zu belegen.

2.9 Schutz-Bereiche und -Objekte

2.9.1 Natur-, Wasserschutzgebiete

Der Schutz der Umgebung (Wasserfläche, angrenzende Kulturflächen) vor schädlichen Beeinträchtigungen ist während der gesamten Bauzeit in geeigneter Weise zu gewährleisten.

Es wird auf das südwestlich angrenzende Naturschutzgebiet hingewiesen.

Die Maßnahmen zum Schutze der Umwelt sind in eigener Verantwortung des AN gewissenhaft durchzuführen. Allgemein gültige gesetzliche und behördliche Bestimmungen zum Umweltschutz sind zu beachten, auch wenn sie in den Vertragsunterlagen nicht eigens erwähnt sind.

2.9.2 Bäume und Flurgehölze

Entfällt, wurde im Vorfeld der Baumaßnahme ausgeführt. Es sind lediglich die Rodungsarbeiten der Wurzelstöcke vorgesehen.

2.9.3 Angrenzende Bebauung

Es sind grundsätzlich nur auf die vorgefundene Bebauung abgestimmte maschinentechnische Geräte- und Einrichtungen vom AN zu verwenden, um die Erschütterungswirkung so gering wie möglich ausfallen zu lassen.

Alle notwendigen Aufwendungen und Erschwernisse des AN sind in die jeweiligen Einheitspreise einzurechnen und werden nicht separat vergütet.

2.10 Anlagen im Baubereich

2.10.1 Leitungen

Die im Baustellenbereich angetroffenen Ver- und Entsorgungsleitungen sind nach den einschlägigen Vorschriften zu sichern und gegebenenfalls umzuverlegen.

Schachtgenehmigungen der einzelnen Versorgungsträger sind einzuholen. Alle hierdurch notwendige Erschwernisse und Behinderungen sind durch den AN in seine Einheitspreise einzurechnen und werden nicht separat vergütet.

2.10.2 Leistungen Dritter

Sh. Pkt 1.1 der Baubeschreibung

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baustellenbereich

Im Baufeld befindet sich öffentlicher Verkehr, welcher entsprechend umgeleitet wird.

2.11.1 Straßenverkehr

Straßenverkehr befindet sich auf der L 3307 (Waltgerstraße).

3. Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Alle Leistungen zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung sind durch den AN nach den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21), neueste Ausgabe auszuführen und zu koordinieren. Der Inhalt der RSA 21 wird als bekannt vorausgesetzt. Erforderliche Sperrungen, je nach Bauphase, sind vor Baubeginn bzw. Ausführung der Arbeiten bei der zuständigen Verkehrsbehörde

Der Gemeinde Eichenzell
Schlossgasse 4
36124 Eichenzell

durch den AN zu beantragen. Anfallende Gebühren sind durch den AN direkt bei der Straßenverkehrsbehörde zu zahlen. Mit dem Antrag auf die verkehrsrechtliche Anordnung hat der AN die erforderlichen Verkehrszeichen-/Verkehrssicherungspläne mit den richtlinien-gemäßen Beschilderungen und Markierungen einzureichen. Die Erstellung dieser Pläne ist Sache des AN und ist mindestens 3 Wochen vor Baubeginn bei der Verkehrsbehörde einzureichen. Die Leistungen sind in die jeweiligen LV-Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Straßen und Wege, die aufgrund des Baubetriebes verschmutzt wurden, sind zu reinigen. Kommt der AN der Aufforderung des AG nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, ist der AG berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des AN durchzuführen.

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt während der gesamten Bauzeit und bis zur Abnahme der Baumaßnahme dem AN.

Alle im Zusammenhang mit der Verkehrssicherung und Verkehrsregelung entstehenden Kosten sind mit den Leistungspositionen für Verkehrssicherung abgegolten.

Zu den für die Verkehrssicherung und -regelung notwendigen Maßnahmen gehören auch das Umsetzen bzw. Umbau dieser Einrichtungen bei Wechsel der Verkehrsphase. Es ist Sache des AN, zerstörte oder verbrauchte Teile dieser Einrichtung, die für eine ständige Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit notwendig sind, unverzüglich zu ersetzen.

Der Zeitraum zwischen Schadensmeldung bzw. -Feststellung und Beginn der Schadensbehebung bei einzelnen Schäden an der Beleuchtung und der Absperrung darf max. ½ Std. betragen. Sollte durch Beschädigungen ein Terminverzug entstehen, ist dieser durch den AN innerhalb zwei Wochen durch entsprechende Mehrarbeit auszugleichen. Hierdurch entstehende Mehrkosten werden nicht vergütet.

Werden Bauwerke oder Straßen bzw. Wege mit Fahrzeugen befahren, deren Maße und Gewichte die Bau- und Betriebsordnung der Straßenverkehrszulassungsordnung überschreiten, so ist die statische Sicherheit vom AN nachzuweisen.

Diese Aufwendungen sind in die Position „Baustelleneinrichtung“ einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

3.2 Bauablauf

Der AN hat sich vor der Angebotsabgabe durch die Besichtigung der Baustelle sowie des Umfeldes ein genaues Bild über die Art und den Umfang der auszuführenden Arbeiten sowie die örtlichen Verhältnisse zu verschaffen.

Die Baumaßnahme ist entsprechend dem Zeitfenster gemäß Vorbedingungen durchzuführen.

Vor Baubeginn wird der genaue Bauablauf zwischen den Auftraggebern, den weiteren Versorgungsunternehmen, dem Auftragnehmer und der örtlichen Bauüberwachung festgelegt.

Der AN hat über den vorgesehenen Bauablauf einen detaillierten Bauzeitenplan zu erstellen, der auf die geforderten End- und Zwischentermine abgestimmt ist und diesem dem AG innerhalb von 12 Werktagen nach Beauftragung zur Genehmigung vorzulegen. Für die parallellaufenden, gleichzeitig laufenden Arbeiten ist bei der Erstellung des Bauzeitenplans jeweils ein Zeitfenster zu berücksichtigen.

Gleichzeitig laufende Arbeiten:

- Gewährleistung Zugang zum Technologiepark, flexibel rd. 3 Wochen, Zufahrtsmöglichkeit aus Richtung Eichenzell. Abstimmung nach Erfordernis mit der Gemeinde Eichenzell
- Bauleistungen im unmittelbaren Umfeld seitens der Osthessennetz GmbH Fulda für das Bauvorhaben BV Welkers bis PV Park Wettersbach
Gesamtzeit der Baumaßnahme: 27/28. KW bis 40. KW
 - o Im unmittelbaren Baufeld: Bahnpressung **geplant** für die 30. KW, Zugang von der L3307
 - o Spülbohrung L3307 und der Fulda: **geplant** für die 27./28. KW mit einer Bauzeit von 2-3 Wochen
 - o Montage und Kabelzug beider oben genannter Arbeiten. Bauzeit nach deren Fertigstellung rd. 1 Woche

Der AN hat seinen Baustellenbetrieb mit seinen Lieferanten zu koordinieren und vertraglich zu binden.

Der vertragliche Bauendtermin für die Bauarbeiten ist durch den AN sicherzustellen.

Die Maßnahme muss nach Baubeginn in einem Abschnitt ohne Unterbrechung hergestellt werden.

3.2.1 Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Ein mehrmaliger An- und Abtransport und Einsatz aller Arbeitskolonnen durch den AN ist zu berücksichtigen und in die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

Sonstige Erschwernisse, die dem AN aufgrund der Bauabschnitte und der Verkehrsführung entstehen, sind in die jeweiligen Positionen des Leistungsverzeichnisses einzurechnen und werden nicht separat vergütet.

Der AN hat über den vorgesehenen Bauablauf einen detaillierten **Bauzeitenplan** zu erstellen, der auf die geforderten End- und Zwischentermine abgestimmt ist und diesen dem AG innerhalb von 12 Werktagen nach Zuschlagserteilung zur Genehmigung vorzulegen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht und ist in die Einheitspreise einzurechnen. Der Bauzeiten- und Bauablaufplan wird Vertragsbestandteil. Abweichungen vom genehmigten Bauzeiten- und Bauablaufplan sind nur mit Zustimmung des AG möglich. Behinderungen und Unterbrechungen sind grundsätzlich unverzüglich dem AG schriftlich anzuzeigen. Eine Anerkennung im Nachhinein erfolgt nicht. Sämtliche dem AG durch die Bauzeitenverlängerung entstehende Kosten trägt bei unterlassener Anzeige der Auftragnehmer.

Koordination

Der AN hat alle Leistungen eigenverantwortlich zu koordinieren. Die durchzuführende Koordinator-Aufgabe beinhaltet:

- Bauablauf Koordination der eigenen Bautätigkeit
- Bauablauf Koordination der gleichzeitig tätigen weiteren AN's
- Bauablauf Koordination der gleichzeitig tätigen Versorgungsunternehmen
- Koordination aller beteiligten Behörden, Verbände, Kommunen, Kreis usw.
- Koordination aller Grundstückseigentümer, Pächter, Anwohner usw.

Mehraufwendungen hierfür sind in die Positionen einzurechnen.

Der Koordinator hat persönlich an den wöchentlichen Baubesprechungen teilzunehmen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht und ist einzurechnen. Der Koordinator ist namentlich einschließlich der erforderlichen Kontaktdaten zu benennen. Ergebnisse von Baustellenbesprechungen werden von der örtlichen Bauüberwachung protokolliert. Der AN erhält unverzüglich eine Durchschrift.

3.3 Wasserhaltung / Oberflächenwasser

Oberflächenwässer sind von der Baugrube fernzuhalten. Die sorgfältige Entwässerung der Baustelle und das Abführen des Oberflächenwassers in jeder Bauphase ist Sache des AN und von diesem entsprechend zu gewährleisten.

Ein länger offenstehendes Planum ist unbedingt zu vermeiden. Erforderliche Aufwendungen zur Fernhaltung des Niederschlags- und Oberflächenwassers sowie zum Schutz des Planums sind in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht separat vergütet.

3.4 Baubehelfe

3.4.1 Baugruben- und Wandsicherung

Alle Gräben und Baugruben sind nach den einschlägigen Vorschriften zu sichern.

Hier sind im Besonderen die Vorschriften der Tiefbau-Berufsgenossenschaft einzuhalten.

Die Grabenwände dürfen nicht frei stehen bleiben. Die Grabenwände sind mit Verbau zu sichern. Wandsicherungen im Bereich von Aussparungen sind nach Wahl des AN auszuführen. Werden vom AN Übergänge/Überfahrten für Grundstückszufahrten hergestellt, sind diese durch geeignete Geländer und Absperrungen zu sichern, um ein gefahrloses Passieren zu ermöglichen.

3.5 Stoffe, Bauteile

Sämtliche zum Einbau kommenden Materialien müssen die in den entsprechenden DIN und technischen Vorschriften vorgeschriebenen Güteeigenschaften besitzen. Es gelten die jeweils 3 Monate vor Baubeginn gültigen Fassungen.

Der AN hat unabhängig davon den Nachweis der geforderten Güte zu führen. Der AG behält sich weitere Prüfungen vor. Wenn andere Stoffe bzw. Bauteile, als die im LV genannten, verwendet werden sollen, so hat der AN die Gleichwertigkeit vor Einbau nachzuweisen.

Für sämtliche Rohrmaterialien sind die Rohrstatiken dem AG 2-fach vorzulegen.

Der Einbau von Betonfertigteilen ist im Zuge von Straßenabläufen vorgesehen. Bei allen zum Einbau kommenden Fertigteilen ist dem AG ein Gütenachweis vorzulegen.

Alle Bordsteine sind gemäß DIN EN 1340 in der Qualität DTI-DIN 483 als einschichtiger Kernbeton ohne Vorsatzschale zu verwenden. Die Verwendung der o. g. Bordsteine und deren Güte sind schriftlich vom Auftragnehmer dem Auftraggeber vor der Ausführung der Leistung zu belegen bzw. zu bestätigen.

Für sämtliche Asphaltgemische und Schüttgüter sind die Erstprüfungen dem AG bis 14 Tage vor Einbau vorzulegen.

Die Lieferscheine für Schüttgüter und Asphalt sind auf der Baustelle zu sammeln und mit Zusammenstellungslisten der örtlichen Bauüberwachung zu übergeben.

Erforderliche statische Nachweise sind dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat eigenverantwortlich zu prüfen, ob die bestellten bzw. geforderten Baustoffe und Bauteile mit den gelieferten übereinstimmen.

3.6 Abfälle

Die Übernahme sowie vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

Bei der vollständigen Entsorgung des Abfalls endet die vertragliche Verpflichtung des AN erst mit der vollständigen Entsorgung des Abfalls z. B. mit dem Einbau in einer anderen Maßnahme, Verwertung in einem Verfüllbetrieb oder durch Verwertung / Beseitigung auf einer Deponie. Ist die vollständige Entsorgung nicht während der Vertragsfristen abgeschlossen, weil der durch den AN vorgesehene Entsorgungsbetrieb das Material entgegennimmt und erst später (z.B. nach Aufbereitung) entsorgt, wird auf den Nachweis der vollständigen Entsorgung verzichtet. Die Leistungen können trotzdem abgenommen und die Maßnahme schlussgerechnet werden. Sofern der AN nicht selbst die Mindestanforderungen gemäß Nr. 1.5 der Baubeschreibung für die in den einzelnen Positionen der Leistungsbeschreibung geforderten abfalltechnischen Tätigkeiten besitzt, hat der AN für die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten (einschließlich eventueller Lagerung) ausschließlich Entsorgungsbetriebe zu beauftragen und die dazugehörigen Nachweise, die die Mindestanforderungen gemäß Nr. 1.5 der Baubeschreibung erfüllen, auf Verlangen vorzulegen. Sofern der vom AN vorgesehene bzw. beauftragte Entsorger vor und während der Baudurchführung zusätzliche bzw. weitere Analysen des Abfalls fordert, sind diese in die Einheitspreise einzurechnen. „Gefährliche“ Abfälle sind immer Entsorgungsfachbetrieben anzudienen. Dies gilt nicht, wenn gefährliche Stoffe in derselben Baumaßnahme vor Ort ausgebaut, bis längstens 1 Jahr bereit gestellt, aufbereitet und dort wieder verwertet werden,

da sie in diesen Fällen nicht als Abfall angefallen gelten. Der AN erstellt für jede OZ einen Mengen-Soll-Ist-Vergleich getrennt nach Abfallschlüssel und LAGA-Einstufung.

Für „nicht gefährliche“ Abfälle aus Straßenbaumaßnahmen ist eine Transportgenehmigung nicht erforderlich. Für „nicht gefährliche“ Abfälle ist ein Nachweis der durchgeführten Entsorgung zu erbringen. Der AN hat durch Unterschrift die Richtigkeit der gemachten Angaben zu dem Transport und des Entsorgungsbetriebs durch Unterschrift zu bestätigen. Auf besondere Anforderung des AG sind jederzeit die entsprechenden Wiegescheine einschließlich der entsprechenden Zusammenstellung vorzulegen. Wenn Wiegescheine vorgelegt werden sollen, müssen sie mindestens den Namen und die Anschrift des Entsorgungsbetriebes sowie das Datum und die Uhrzeit der Wägungen enthalten.

Für „gefährliche“ Abfälle sind Entsorgungsnachweise und Begleitscheine zu führen. Das Führen der Entsorgungsnachweise und der Begleitscheine für den AG als Abfallerzeuger beim Ausbau und der Entsorgung von „gefährlichen“ Abfällen bzw. für den AG als Abfallentsorger werden weitgehend dem AN übertragen. Vor Baubeginn benennt der AN schriftlich dem AG die für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortliche Person und dessen Vertreter.

Aus- und Einbau von „gefährlichen“ Abfällen:

Der AN meldet mindestens drei Wochen vorher dem AG gesondert den Beginn und die Dauer der Ein- bzw. Ausbauarbeiten sowie die Menge.

3.7 Winterbau

Ein Winterbau ist nicht vorgesehen.

Die Arbeiten sind **ohne** Unterbrechung in einem Zeitfenster auszuführen.

3.8 Beweissicherung

Eine Bestandsfotodokumentation vor Baubeginn (siehe auch Pos. Baustelleneinrichtung) ist durch den AN zu erstellen und Bestandteil der Ausschreibung.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Besondere Sicherungsmaßnahmen, die über die Bestimmungen der einschlägigen Verordnungen und Vorschriften hinausgehen, sind nicht vorgesehen.

3.10 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.10.1 Vermessungsleistungen

Durch den AG werden Kontrollmessungen an den einzelnen Konstruktionsschichten:

- OK Planum
- OK Frostschutzschicht
- OK Asphalttragschicht

vorgenommen. Der AN hat die BÜ/AG rechtzeitig über die bevorstehende Fertigstellung einer Konstruktionsschicht zu informieren, damit durch die BÜ/AG die Kontrollmessungen organisiert werden können.

Werden bei den Kontrollmessungen zu hohe Schichten (außerhalb den Toleranzen)

festgestellt, sind diese auf die Sollhöhe abzusenken bzw. zu fräsen. Zu geringe Schichtstärken sind durch die darüber liegenden Schichten auszugleichen. Bei der Unterschreitung der Mindestdicke einer Schicht ist diese zu erneuern.

Die Überbauung einer Konstruktionsschicht kann erst nach der Freigabe durch die BÜ/AG erfolgen.

3.10.2 Aufmaßverfahren

Die Aufmaße sind durch den AN und AG gemeinsam durchzuführen und zu protokollieren. Sie sind positionsweise zu erstellen. Der Zusammenhang zur Baumaßnahme durch Orts- und Stationsangaben muss eindeutig und sofort erkennbar sein.

Aufmaße sind gemeinsam zu erstellen. Die Erstellung der elektronischen Mengenermittlung (außer für Querprofil- Abrechnung) erfolgt auf Grundlage der REB 23.003- Allgemeine Bauabrechnung.

Diese ist dem AG in Papierform 1- fach (bei Schlussrechnung 2 – fach) und digital 1 – fach auf Datenträger im Datenformat DA 11 zu jeder Abschlagsrechnung bzw. Schlussrechnung zu übergeben.

Die erste Ausfertigung der Wiegescheine mit dem Originalaufdruck für jegliche Schüttgütermaterialien sind unaufgefordert und umgehend der örtlichen Bauüberwachung des AG zu übergeben.

3.10.3 Rechnungslegung

Die Rechnungen sind der BÜ zweifach vorzulegen und nachfolgenden Abschnitten separat zu ermitteln, auszuwerten und zu stellen:

-siehe auch weitere besondere Vertragsbedingungen, Rechnungen

Die Aufwendungen für die Erstellung von separaten Rechnungen und Aufmaße für die o. g. Bereiche sind Bestandteil der Ausschreibung.

3.11 Prüfungen

3.11.1 Eignungsprüfungen

Alle zur Verwendung kommenden Baustoffe dürfen erst eingebaut und verarbeitet werden, wenn die für die Eignung erforderlichen Prüfungen oder Nachweise dem AG vorgelegt und von diesem zugestimmt wurde. Die Kosten dieser Eignungsprüfungen trägt der AN.

Die Eignungsprotokolle der verwendeten Materialien sind 14 Tage vor Beginn des Einbaues der Materialien schriftlich dem AG/ BÜ vorzulegen. Der Einbau der Materialien kann erst nach schriftlicher Bestätigung durch den AG erfolgen.

Eignungsnachweise

Die Eignungsprüfungen mit den dazugehörigen Eignungsbeurteilungen für:

- Betonteile/Beton
- Frostschutzmaterial
- Asphalttragschicht
- Asphaltdeckschicht

- Asphalttragdeckschicht

sind vor dem Einbau dem AG vorzulegen. Bei Nichteinhaltung verzögert sich der Einbau zu Kosten des AN.

3.11.2 Eigenüberwachungsprüfungen

Eigenüberwachungsprüfungen sind Prüfungen des AN oder dessen Beauftragten, um festzustellen, ob die Güteeigenschaften der Baustoffe, der Bauteile und der fertigen Leistung den vertraglichen Anforderungen entsprechen. Der AN hat die Prüfungen während der Ausführung mit der erforderlichen Sorgfalt im erforderlichen Umfang, der in den einzelnen ZTV aufgezeigt ist, durchzuführen. Die Kosten werden nicht gesondert vergütet.

Dem AG (BÜ) wird unmittelbar nach Durchführung der Prüfung, spätestens jedoch am folgenden Arbeitstag, eine Ausfertigung der jeweiligen Prüfungsniederschrift ausgehändigt. Bei Prüfungen mit negativem Ergebnis werden die Versuche nach ordnungsgemäßer Durchführung der Leistung wiederholt.

Eigenüberwachungsprüfungen werden als Kontrollprüfungen nur anerkannt, wenn sie durch zugelassene RAP Stra-Prüfstellen durchgeführt werden.

Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Durchführung der Prüfungen nicht oder nicht vollständig nach, ist der AG berechtigt, ein Labor seiner Wahl mit der Durchführung der Prüfungen auf Kosten des AN zu beauftragen.

3.11.3 Kontrollprüfungen

Die Fertigstellung einer Teilleistung ist der BÜ/AG rechtzeitig anzuzeigen, um die erforderlichen Kontrollprüfungen zu koordinieren.

Kontrollprüfungen werden vom AG gemäß dem Technischen Regelwerk veranlasst (Koordination: BÜ). Dafür hat der AN möglicherweise auftretende Verzögerungen des Arbeitsablaufes entschädigungslos aufzufangen.

Nach spezieller Aufforderung des AG (BÜ) hat der AN Proben aller Art der zur Verwendung kommenden Stoffe zu Kontrollprüfungen bzw. Identitätsprüfungen zu entnehmen und zur Verfügung zu stellen.

3.11.4 Landschaftsbau

Die Probenahme für das Saatgut nach RSM erfolgt gemäß ZTV La-StB 05.

4. Ausführungsunterlagen

4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

- siehe Anhang 1 der Leistungsbeschreibung

4.2 Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Innerhalb von 12 Werktagen nach Erteilung des Auftrages:

- Bauzeitenplan (3-fach)
Die Kosten hierfür werden nicht gesondert vergütet. Aufzunehmen sind hierin sämtliche wichtigen Termine und Leistungen. Die Fortschreibung ist vorgeschrieben, wird jedoch nicht gesondert vergütet.

- Unterlagen zur Verkehrssicherung
- Schachtgenehmigungen

Während der Baumaßnahme:

- genehmigte Verkehrsführungspläne

Nach Fertigstellung der Bauarbeiten:

- Schachtkataster gem. Vorgaben des AG in digitaler Form
- Bestandspläne/-zeichnungen (revidierte Ausführungsunterlagen) in digitaler Form und auf Papier

Katasterunterlagen:

Zum Nachweis der Eigentumsverhältnisse sind in den Bestandsplänen die Liegenschaftsgrenzen darzustellen.

Die Bestandserfassung aller verdeckten Bauteile hat während der Bauausführung durch den Vermessungsfachmann des Baubetriebes bzw. durch einen vom Baubetrieb beauftragten Vermessungsfachmann zu erfolgen. Die Aufnahme ist grundsätzlich in der offenen Baugrube durchzuführen. Dies ist durch Unterschrift zu bestätigen.

Allgemein gilt:

Die revidierten Ausführungsunterlagen sind eine redundanzfreie Zusammenstellung von:

- Ausführungsunterlagen und deren Fortschreibung,
- Lageplan
- Entwässerungsplan bis zur offenen Vorflut (Lageplan und Schachtliste) mit Schachthöhen (Sohl- und Deckelhöhen), Leitungsart, Leitungsmaterial und Leitungsdimension, Regenrückhaltebecken bzw. vergleichbaren Entwässerungseinrichtungen

Die Auszahlung der Schlussrechnung durch den AG erfolgt erst nach der Übergabe sämtlicher im LV geforderten notwendigen Unterlagen.

4.3 Zahlungsplan

entfällt

4.4 Tagesberichte

Der AN hat der örtlichen Bauüberwachung wöchentlich Bautagesberichte zu erstatten (siehe ZVB/E-StB Ziffer 106). Diese sind sowohl analog wie auch digital (Word) zu übergeben.

4.5 Hygiene- und Gesundheitsschutz

Eine gesonderte Erstattung von Mehrkosten für Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen im räumlichen Kontext zur Baustelle, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht werden und auf der Baustelle zusätzlich anfallen, erfolgt nicht. Diese werden über die Einheitspreise des Leistungsverzeichnisses vergütet und sind entsprechend in die Position, mit denen der Mehraufwand anfällt, einzurechnen.

5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

ZTV, Richtlinien, Merkblätter Normen und Sonderregelungen und sonstige Vorschriften gelten in der jeweils 3 Monate vor Vertragsabschluss gültigen Fassung.

Die Ausnahme von o.g. Vorgabe ist die DIN 18300, hier wird die Version von 09-2012 Vertragsbestandteil. Sollte von Seiten des Bieters dagegen Bedenken bestehen, sind diese vor Angebotsabgabe schriftlich mitzuteilen.

ZTV Verm-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau
ZTV M	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen
ZTV-PS	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen
ZTV-SA	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen
ZTV Ew-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau
ZTVE-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau
ZTV SoB-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau
ZTV Pflaster-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen
ZTV BEA-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen – Asphaltbauweisen
ZTV Asphalt-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt
ZTV Fug	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen
ZTV BEB-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen – Betonbauweise
ZTV Beton-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für den Bau von Fahrbahndecken aus Beton
ZTV-Lw	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege
ZTVA-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen
ZTV T-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau
ZTV-ING	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten
ZTV-W	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen Wasserbau
ZTV-Lsw	Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für die Ausführung von Lärmschutzwänden an Straßen
ZTV Baum-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflegearbeiten im Straßenbau
ZTV La-St	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau
ZVB/E-StB	Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau
RSA	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen mit den ergänzenden Bestimmungen des Autobahnamtes Sach-Sen
	Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen
RStO	Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrs-

	flächen
RiStWag	Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten
TL Asphalt-Stb	Technische Lieferbedingungen Asphalt
TL Geok E-StB	Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaues
M Geok E C Geok E	Merkblatt über die Anwendung von Geokunststoffen im Erdbau des Straßenbaues mit Checklisten
TL M	Technische Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien
RuA –StB	Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von industriellen Nebenprodukten und Recyclingbaustoffen im Straßenbau
M SNAR	Merkblatt für Schichtenverbund, Nähte, Anschlüsse und Randausbildung von Verkehrsflächen aus Asphalt
TL PmB	Technische Lieferbedingungen für gebrauchsfertige polymermodifizierte Bitumen
M VAG	Merkblatt für die Verwertung von Asphaltgranulat
RuVA-StB	Richtlinien für die umweltverträgliche Verwertung von Ausbaustoffen mit teer-/pechtypischen Bestandteilen sowie für die Verwertung von Ausbauasphalt im Straßenbau mit den Erläuterungen zu den Richtlinien für die umweltverträgliche Verwertung
M OB	Merkblatt für die Herstellung von Oberflächentexturen auf Fahrbahnen aus Beton
RLW	Richtlinien für den ländlichen Wegebau
	Grundsätze für die Gestaltung ländlicher Wege bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen
	Vorbeugende Maßnahmen gegen schädigende Alkalireaktion im Beton
DIN 18130-1	Baugrund - Untersuchung von Bodenproben; Bestimmung des Wasserdurchlässigkeitsbeiwerts - Teil 1: Laborversuche
DIN 18134	Baugrund; Versuche und Versuchsgeräte – Plattendruckversuch
DIN EN 12591	Bitumen und bitumenhaltige Bindemittel - Anforderungen an Straßenbaubitumen; Deutsche Fassung EN 12591:1999
DIN Fachbericht 100	Beton - Zusammenstellung von DIN EN 206-1 Beton - Teil 1: Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität und DIN 1045-2 Tragwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton - Teil 2: Beton; Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität; Anwendungsregeln zu DIN EN 206-1
DIN 18306	Entwässerungskanalarbeiten
DIN 4124	Baugrube und Gräben, Böschungen, Arbeitsbaubreite, Verbau
DIN 18300-2012-09	Erdarbeiten
DIN 18303	Verbauarbeiten
DIN 4034	Schächte aus Beton- und Stahlbetonfertigteilen
DIN V 1202	Rohrleitungen und Schachtbauwerke aus Beton, Stahlfaserbeton und Stahlbeton - Vornorm
DIN 1916	Rohrleitungen und Schachtbauwerke aus Beton, Stahlfaserbeton und Stahlbeton – Vornorm, jedoch Ausgabe 2003-04
DIN 4045	Abwassertechnik-Grundbegriffe
DIN 18200	Übereinstimmungsnachweis für Bauprodukte – Werkseitige Produktionskontrolle, Fremdüberwachung und Zertifizierung von Produkten
DIN 61853-1	Textilglasmatten für die Kunststoffverstärkung Teil 1: Technische Lieferbedingungen
DIN EN 752	Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden
DIN EN 1610	Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und –kanälen
DIN 1986-30	Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke Teil 30: Instandhaltung
DIN 1986-100	Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke Teil 100: Bestimmungen in Verbindung DIN EN 752 und DIN EN 12056

6. Zusätzliche Regelungen

6.1 Mindestanforderungen für Nachtragsangebote

6.1.1 Allgemeines

Im Interesse einer zügigen Bearbeitung von Nachtragsangeboten sind diese unter Beachtung der nachfolgenden Punkte aufzubereiten und vorzulegen. Nachtragsangebote, welche die unter Punkt 6.1 a) – 6.1.4 geforderten Angaben nicht enthalten, werden als nicht prüfbar betrachtet, somit nicht bearbeitet und an den Auftragnehmer zurückgesandt. Nachtragsangebote sind grundsätzlich für in sich abgeschlossene Themenbereiche zu gliedern. Sammelnachträge aus grundsätzlich verschiedenen inhaltlich getrennten Sachverhalten sind hierbei zu vermeiden. Der Auftraggeber behält sich vor, diese zur Überarbeitung / Aufteilung an den Auftragnehmer zurückzuschicken. Leistungspositionen, die aus dem Hauptvertrag ganz oder teilweise entfallen, sind nachrichtlich in gesonderter Aufstellung mit gleicher Ordnungszahl zu übernehmen. Die Mengen- und Kostenänderungen für den Hauptvertrag müssen ersichtlich sein.

6.1.2 Begründung des Nachtragsangebotes

als Anlage beifügen, (1. muss, 2., 3. nach Erfordernis):

- 1.) Beschreibung und Begründung der Vertragsabweichung mit Darstellung der terminlichen Auswirkung auf die Vertragstermine des AN. Die ausführliche Nachtragsbegründung ist positionsweise zu verfassen und muss folgende Angaben beinhalten:
 - a) Darlegung der Anspruchsgrundlage
 - b) Angaben zur Leistungsanordnung (Wer hat wann Leistung angeordnet? Verweis auf vorhandenen Schriftverkehr, Protokolle usw.)
 - c) Kurzbezeichnung bzw. Kurzbeschreibung der Leistung einschließlich Angabe Kilometrierung, Bauwerk, Ausführungszeit
- 2.) Auszüge aus dem Vertrag
- 3.) Auszüge aus Vorschriften

6.1.3 Kalkulation

Liegt dem AG die Urkalkulation des Vertrages nicht vor, ist diese für die betroffenen Positionen dem Nachtragsangebot beizulegen.

Für die Nachtragskalkulation gelten die gleichen Anforderungen wie für den Hauptauftrag - siehe EG-Bewerbungsbedingungen.

Sofern nach § 4 Nr.8 VOB/B Fremdleistungen zugelassen sind, gilt dies auch für die Kalkulation des Nachunternehmers analog.

Gemäß VOB B § 2.6 Abs. 2 ist die Kalkulation der Nachtragsleistungen unter Verwendung von vorhandenen Kostenbestandteilen und Leistungsansätzen aus der Urkalkulation abzuleiten.

Als weitere Anlagen sind Nachweise der Einkaufspreise für Material, Qualitätsnachweise, Gütezeugnisse, Gutachten und Zertifikate beizulegen.

6.1.4 Einreichungsform (3-fach)

Das Nachtragsangebot ist in DIN A4-Format in einem Hefter / Ordner einzureichen.

Die einzelnen Abschnitte sind mittels Trennblätter zu unterteilen:

1. Anschreiben Nachtragsangebot (gemäß Formularvorlage des AG)
2. Das Nachtragsangebot (Darstellung gemäß Ziffer 4)
3. Ankündigung der Kostenveränderung sog. Mehrkostenanmeldung (Kopie)
4. Ausführliche Nachtragsbegründung (bezogen auf die Leistungspositionen)
5. Kalkulationsgrundlage: Kopien der Urkalkulation (Ausschnitte)
6. Kalkulation des Nachtragangebotes
7. Sonstiges / Anlagen
8. Diskette mit Schnittstellendatei nach GAEB 90, D 81 mit Preisen

Die Nachtragsforderung ist so aufzubereiten, dass sich der AG ohne weitere Recherchen ein vollständiges Bild über den Sachverhalt sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach machen kann.

Abrechnungseinheiten						Besondere Kennzeichen	
m	M	Meter	to	TO	Tonne	G	Grundposition
km	KM	Kilometer	Std	STD	Stunde	W	Wahlposition
m ²	m ²	Quadratmeter	h	H	Stunde	AB	Ausführungsbeschreibung
lfdm	LFDM	Laufende Meter	Stck	STCK	Stück	Umrechnungsfaktoren (feste Masse):	
km ²	KM ²	Quadratkilometer	psch	Psch	Pauschal	Basaltmaterial: 2,3 to/cbm	
ha	HA	Hektar	d	D	Tag	Naturgesteinsgemisch (Basalt): 2,2 to/cbm	
ltr.	LTR.	Liter	mt	MT	Monat	Naturgesteinsgemisch(Kalkkies): 1,9 to/cbm	
m ³	m ³	Kubikmeter	kwh	KWH	Kilowattstd.	Sand: 1,8 to/cbm	
cbm	CBM	Kubikmeter				bit. Aufbruch (lose Masse) : 1,613 to/cbm	
kg	KG	Kilogramm				bit. Fläche (feste Masse): 2,5 to/cbm	